

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezirker
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 61

Sonnabend, den 13. März 1926

78. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Amthlicher Teil.

Volksbegehren.

Die Eintragungslisten für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstendörfer“
liegen am

Sonntag, den 14. März 1926

nicht nur von vormittags 9—12 Uhr, sondern von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr
zum Zwecke der Eintragung in der Ratskanzlei aus.

Rat der Stadt Pulsnitz, am 13. März 1926.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma G. Robert Steglich
in Großröhrsdorf i. Sa. wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Pulsnitz, den 12. März 1926. **Amtsgericht.**

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

In den geistigen Abendstunden herrschte in Genf in allen
fremden Lagern völlige Ratlosigkeit. Die Delegierten ent-
wickeln eine fieberhafte Tätigkeit. Zahlreiche Besprechun-
gen finden statt.

Am 10. März haben sich in Berlin in die Listen für das
Volksbegehren 73 895 Personen eingetragen, so daß die
Gesamtzahl der bisher in Berlin erfolgten Eintragungen
633 121 beträgt.

Wie die Morgenblätter aus Triest melden, ist durch den
Sturm ein Zug umgeworfen worden, wobei 31 Personen
verletzt wurden.

Die Nachricht, daß die von Havas skizzierte Kompromiß-
formel von den deutschen Delegierten abgelehnt worden
ist, hat in Paris umso größere Bestürzung hervorgerufen,
als nach den letzten Meldungen mit dem Einlenken Schwedens
gerechnet wurde. Man beurteilt daher erneut die
Situation äußerst pessimistisch.

Die Hilfe der Reichsregierung für die Landwirtschaft.

Eine Rede des Reichsernährungsministers
Dr. Haslinder.

⚡ Berlin. Der Haushaltsausschuß des
Reichstages setzte die Etatsberatung beim Haushalt des
Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort.
Der Berichterstatter, der Demokrat Dietrich-Baden,
wies auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hin, sie sei
teilweise am Erliegen. Es sei unverständlich, warum man
das Landwirtschaftsministerium aufgeben wolle. Der
Sozialdemokrat Schmidt-Copenick erklärte, daß
er seine Stellungnahme zu der Verschmelzung des Mini-
steriums mit dem Reichswirtschaftsministerium davon ab-
hängig mache, ob das Ministerium ernstlich etwas für die
Landwirtschaft tue.

Reichsminister Dr. Haslinder betonte, die Haupt-
schwierigkeit liege nicht in der Nahrungsmittelbeschaffung,
sondern in der

Krise der Landwirtschaft.

Letztere sei auf den Mangel an Betriebskapital und auf die
Unverkäuflichkeit der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen
Warenprodukte, Kartoffeln und Roggen, zurückzuführen.
Neben der Selbsthilfe der Landwirtschaft seien erhebliche
Hilfen von Reich und Staat notwendig.

Die Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung

würden nach drei Richtungen hin einsehen.

1. Die drückenden kurzfristigen Kredite müßten in lang-
fristige umgestaltet werden.

2. Um die Absatz- und Rentabilitätsschwierigkeiten zu
beheben, wies der Minister auf den von der Regierung ein-
gebrachten Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewe-
gung im Wirtschaftsjahr 1925/26, der die Regulierung der
Roggenpreise bringen soll, hin.

Immer noch kein Ergebnis in Genf

Die Besprechungen der Rheinpaktmächte ergebnislos abgebrochen — Am 1. Juli
Friedensmiete — Mussolinis Absage an den Sozialismus — Die Hilfe der
Reichsregierung für die Landwirtschaft — Briand am Ende seiner Kräfte —
Die Gründe für Deutschlands Haltung

Die Genfer Ereignisse drängen zur Entscheidung.

Unhaltbare Verwirrung. — Chamberlain und Briand
vermitteln. — Die deutsche Delegation wartet und
hält sich absehbereit.

⚡ Genf. Die Vertreter der Mächte, die in Locarno den
Rheinlandpakt abgeschlossen haben, haben sich am Freitag vor-
mittag wieder zu einer Besprechung vereinigt. Diese Ver-
handlung bietet die letzte Möglichkeit, zu einer schnellen Er-
ledigung der Krise im Völkerbund zu kommen, wobei aber
Deutschland von vornherein seinen Standpunkt nur wieder-
holen kann, daß es nichts tun wird, um den am Völkerbund
beteiligten Mächten ihre Verantwortung zu erleichtern. Die
deutsche Delegation wird sich durch nichts bestimmen lassen, eine Erklärung für oder gegen
die Ansprüche von Staaten auf ständige oder nichtständige
Ratsitze abzugeben, ehe nicht die Zusage der Aufnahme und
der Ueberweisung eines ständigen Ratsitzes für Deutschland
eingelöst ist.

Die erste öffentliche Sitzung des Völkerbundes,
die unter großem Andrang von Delegierten, Sekretären und
Journalisten stattfand, erledigte sechs Punkte der Tages-
ordnung, ohne dabei etwas zu leisten, was die verfahrenre
Situation in Genf klären könnte.

Auch eine vertrauliche inoffizielle Besprechung des Rates
blieb völlig ergebnislos. Man hofft auf die Entscheidung von
einem Tag auf den anderen.

Chamberlain am Ende seiner Weisheit.

Chamberlain hat zugegeben, daß er am Ende seiner
Weisheit sei und daß er keine Möglichkeit zur
Einigung zwischen den Ratsmächten sehe. Die bei allen
Delegationen für ernst genommene Wendung in der
italienischen Politik ist nicht mehr so stark hervor-
tretend. Auch Spanien tritt etwas in seinen Wünschen
zurück.

Der Streit spielt sich hauptsächlich zwischen Brasilien und
Schweden ab. Brasilien droht noch immer, die Deutschland
gegebene Zusage zurückziehen zu müssen, wenn Schweden
gegen einen Antrag sich wenden werde, mit dem Brasilien
den ständigen Ratsitz fordert.

Der Kampf Schweden—Polen.

Der schwedische Delegationschef Anden hat eine Erklärung
abgegeben, die sich auf die Angriffe bezieht, die in der pol-
nischen Presse gegen Schweden erschienen sind. In dieser

Erklärung betont der schwedische Außenminister noch einmal,
daß Schweden nichts ferner läge, als eine Stellung gegen
Polen einzunehmen. Schwedens Haltung sei die ganzen
Jahre, seit es Mitglied des Völkerbundes sei, gleich geblieben.
Es halte die Zulassung von neuen Ratsitzen für durchaus
schädlich für den Völkerbund und habe diese Stellungnahme
von jeher verteidigt, und es kann gegenüber Polen keine
Ausnahme machen.



Briand „inmitten“ der Deutschen.

Reichskanzler Dr. Luther, Briand und Dr. Strese-
mann verlassen das Hotel „Beau Rivage“ nach einer Kon-
ferenz mit Chamberlain.

Die deutsche Delegation wenig interessiert.

Die deutsche Delegation hat schon durch eine Autofahrt
des Reichskanzlers nach Trzev ostentativ bewiesen, daß sie
an den Verhandlungen recht wenig Interesse hat. Eine Be-
sprechung des Reichskanzlers mit dem brasilianischen
Delegierten Melio Franco und eine Verhandlung
Luthers und Stresemanns mit Boncour und
Loucheur hatte kein Ergebnis. Briand hat aus-

